



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

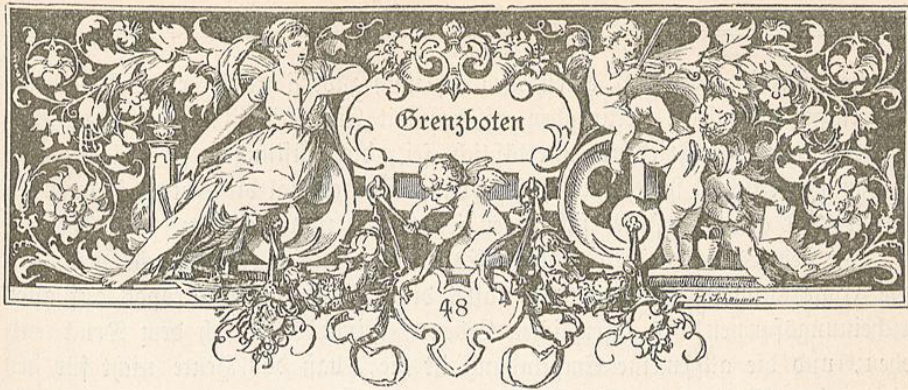
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die europäische Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die europäische Lage



it alleiniger Ausnahme Rußlands, dessen Herrscher und Staatsmänner sich das Schweigen aus Neigung oder aus Notwendigkeit zur Regel gemacht haben, ist in den letzten Wochen wie auf ein Signal hin in allen europäischen Großstaaten teils von den leitenden Staatsmännern, teils vom Staatsoberhaupte ein Bild von der augenblicklichen Gesamtlage entworfen worden, sodaß man nunmehr meinen sollte, das beste und zuverlässigste Material vor sich zu haben, sich selber ein Urteil zu bilden, das auf festem Grunde steht. Nach allen Regeln der historischen Kritik dürfte man den in diesen Reden niedergelegten Gesichtspunkten um so größern Wert beimessen, als sie von den Vertretern verschiedner Interessengruppen ausgehend dennoch in der Hauptsache übereinstimmen und sich, wenn man so sagen darf, alle über einen Leisten schlagen lassen. Überall tritt uns der wolkenlose Himmel, überall die feste Entschlossenheit, den Frieden zu wahren, überall der Hinweis entgegen, wie durchaus notwendig es sei, den wirtschaftlichen Nöten der Zeit Rechnung zu tragen. Hier und da ist dann das Gleichnis von dem wiederhergestellten Gleichgewicht aufgetaucht, das angeblich noch eine ganz besondre Friedensbürgschaft in sich schließt.

So ist in all den Programmreden, mögen sie nun in Osnabrück, in London, in Mailand oder in Wien gehalten worden sein, ein übereinstimmender Vorrat an positiven Zusicherungen enthalten, an denen sich zu jeder andern Zeit die öffentliche Meinung genügen lassen würde, die aber heute — es muß doch einmal ausgesprochen werden — an keiner Stelle Glauben gefunden haben. Wie die Auguren sehen sich die Wissenden an, wenn sie unter einander sind, die Gegner aber zögern nicht, in dem großen Spiel der Politik dem hin-

geworfenen Friedenstrumpf einen Trumpf noch zuversichtlicherer Friedensbetonung entgegenzuhalten. Alle aber erklären mit Einmütigkeit, daß es zur Aufrechterhaltung des Friedens unerläßlich sei, die Rüstungen zu steigern und die Kampfbereitschaft soweit zu erhöhen, daß, wenn einmal die Stunde schlage, die Nation stark genug dastehe, sich gegen jedermann zu verteidigen.

Wie steht es nun in Wirklichkeit? Es ist nicht müßige Zweifelsucht, wenn wir diese Frage aufwerfen; wie ein Alp lastet die politische Lage Europas auf allen Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens, keiner kann sich dem Druck entziehen, und die allgemeine Empfindung ist die, daß das Heute nicht für den Frieden des Morgen die Bürgschaft zu übernehmen vermöge. Wie steht es in Wirklichkeit? Wir können nicht hinter die Kulissen der großen Politik blicken und die Probe nicht anstellen auf Orenstiernas Wort: Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie geringer Weisheit die Welt regiert wird! Aber das ist auch nicht notwendig. Wer die Politik aufmerksam verfolgt und sich das gegenwärtig hält, was Geschichte geworden ist, hat schon daran einen Maßstab, sich ein Urteil zu bilden. Keine Diplomaten Spekulation, sondern die Schlüsse, die der gesunde Menschenverstand aus den vor aller Augen liegenden Thatsachen ziehen muß, die sind es, die wir unsern Lesern vorzuführen versuchen wollen.

Wir brauchen dabei nicht auf den Frankfurter Frieden zurückzugehen. Wenn, wie es wirklich der Fall ist, die Gründung des deutschen Reiches den Neid der Welt und eine Feindseligkeit wachrief, die sich seit zwanzig Jahren stetig gesteigert hat, so war die Gründung dieses Reiches eine politische und sittliche Notwendigkeit, der Abschluß eines tausendjährigen schmerzvollen Ringens, erkaufte mit Blut und Thränen, mit Opfern, wie sie kein Volk für eine große Sache entschlossener, opfermutiger je gebracht hat. Teuer erkämpft und fest behauptet, unter der Führung eines Staatsmannes, wie die Welt keinen zweiten gehabt hat, behauptet in Friedfertigkeit auch dann, als es schwer fiel, den Zorn niederzukämpfen über die Scheelsucht, die Mißgunst, den bösen Willen, die immer wieder bestrebt waren, das Werk zu vernichten und den stolzen Bau des deutschen Reiches niederzulegen. Behauptet den äußern Feinden gegenüber, wie den innern gegenüber, die — sie wußten nicht, was sie thaten! — eifrig daran arbeiteten, die eben zum Bau gefügten Steine wieder zu lockern, das Fundament zu untergraben, nach dem Schmuck am Außenwerk mit den Steinen zu werfen, die sie auf der Gasse des Alltagslebens auflassen. Der große Kaiser ging zu seinen Vätern, es folgte sein unglücklicher Sohn — aber die Zuversicht blieb, daß der jugendfrische Enkel das überkommene Erbe — und es war ein Erbe, wie seit den Tagen Karls des Großen keines auf einen deutschen Kaiser so mächtig und so wohlgefügt gekommen war —, daß er das überkommene Erbe ausbauen und behaupten werde. Ihm zur Seite als weiser Berater der große Kanzler, gedankenmächtig und stark wie immer. Was konnte Deutschland fehlen? Mit Neid schaute die Welt zu uns herüber, und das

Wort galt noch immer: Der Deutsche fürchtet Gott und sonst niemand auf der Welt!

Doch auch der Kanzler ging. Wir haben es in der jüngsten Zeit zur Genüge gehört, daß er gehen mußte, und fühlen uns nicht zum Richter berufen zwischen ihm und dem, der, einst sein Schüler und Verehrer, nunmehr über ihm stand als sein Herr. Aber ein trübes Schauspiel war es, wie sie sich von ihm abwandten, alle, einer nach dem andern. Die einen mit unanständiger Eile, die andern zögernd, aber schließlich doch alle, um den Versuch zu machen, wie es denn gehen würde ohne ihn, ohne die unbequeme Fessel des Willens, der stärker war als ihr Wille, ohne die Korrektur des scharfen Auges, das die Schwächen und Fehler durchschaute, als lägen die Gedanken der andern vor ihm wie ein offenes Buch. Frohen Mutes gingen sie ans Werk, und auch die „Ara ohne Bismarck“ hatte ihre Flitterwochen. Aber nachdem der erste Schülerjubiläum über den fehlenden Lehrmeister verklungen war, nachdem die großen Worte, die man so lange in Bereitschaft gehalten hatte, gesprochen waren, trat der Rückschlag ein. Nach innen wie nach außen wollte es nicht mehr glücken. Was haben wir nicht alles in Angriff genommen in den anderthalb Jahren, die seit dem März 1890 dahingegangen sind, und was haben wir nicht alles wieder ruhen lassen, um, immer rastlos, etwas neues aufzugreifen! Es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß das Deutschland von damals und das Deutschland von heute wesentlich von einander verschieden sind. Anders liegen die Parteiverhältnisse in den Parlamenten — aber nicht besser, anders geworden in ihrem Charakter ist die große Bewegung in den untern Volksschichten — aber nicht besser, anders gestaltet haben sich die äußern Erscheinungsformen unsers sozialen Lebens — aber nicht besser, anders liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse — aber nicht besser, anders endlich ist unsre Stellung im Rate der Völker, aber sie ist herabgegangen, und die Führung, so behaupten wenigstens unsere Feinde, gehört nicht mehr uns, sondern andern. Man hat früher gesagt, daß Bismarck die Politik der Welt beherrsche; wir glauben nicht, daß irgend jemand seinem Nachfolger den gleichen Vorwurf machen wird.

Herr von Caprivi übernahm das Erbe des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen Seite und Rußland und Frankreich auf der andern Seite. Er übernahm als Gegengewicht den Dreibund und trat mit dem politischen Programm in die Arena, diesen Bund durch eine großgedachte wirtschaftliche Vereinigung zu verstärken. Dies Ziel ist in all seinen vorberatenden Stadien erreicht, und zwar, wie es scheint und noch neuerdings in der Rede Rudinis zum Ausdruck gekommen ist, zur Zufriedenheit der Mächte, mit denen wir abgeschlossen haben. Deutscherseits ist ein Urteil zur Stunde noch nicht möglich, da über den Inhalt der Verträge nicht mehr verlautet als Allgemeinheiten, über die sich die Diskussion von selbst ausschließt. Dagegen sind die Bündnisverträge erneuert, und von Italien sowohl wie von Osterreich-Ungarn ist in

militärischer Beziehung nichts versäumt worden, um im Falle der Not den übernommenen Verpflichtungen nachkommen zu können. Weniger klar steht das Verhältnis zu England. Sicher ist, daß das Verhältnis von Staat zu Staat auf Grund nicht geringer Zugeständnisse Deutschlands seit den Tagen des Abkommens wegen Ostafrika und Helgoland enger geworden ist, als es vorher war. Wenn sich die öffentliche Meinung Deutschlands dieser englischen Freundschaft gegenüber skeptisch verhält, so hat das seine besondern Gründe. Vor allem hat sich ein Gefühl der Erbitterung festgesetzt infolge der rücksichtslosen Konkurrenz, die uns England auf wirtschaftlichem und auf kolonialem Gebiete macht, wo immer Deutsche und Engländer zusammentreffen. Dann erinnert man sich der geringen Zuverlässigkeit Englands in allen politischen Fragen, die nicht einen ausschließlich britischen Charakter tragen. Im letzten Augenblick hat England stets nur dem Rechnung getragen, was seinen augenblicklichen Interessen entsprach, und der Begriff sittlicher Verpflichtungen von Staat zu Staat scheint ihm etwas nicht Vorhandenes zu sein. Die eigentümlichen englischen Parteiverhältnisse, die Form des englischen Parlamentarismus, der die Übernahme wirklich bindender Verpflichtungen ausschließt, steigern das Mißtrauen, das sich auch noch darauf beruft, daß England seit einer langen Reihe von Jahren in allen Fragen auswärtiger Politik vor entscheidenden Schritten zurückschreckt. Namentlich das Verhalten Englands in den zentralasiatischen Fragen muß dabei als Beleg dienen. Es ist schwer, diesen Einwänden zu begegnen. Die beste und beruhigendste Antwort liegt wohl darin, daß ein Ausbruch der gegenwärtigen Krise zu offenem Konflikt sofort die englischen Interessen in einem Maße in Mitleidenschaft ziehen wird, daß es einem Abhandeln Englands als Großmacht gleichkäme, wenn es nicht mitthun wollte. Wie weit es, wenn die Dinge so liegen, notwendig war, England noch durch Zugeständnisse bei guter Laune zu erhalten, ist eine andre Frage, die wir nicht beantworten können. Die europäischen Interessen Englands gipfeln heute in zwei Punkten: England darf nicht dulden, daß Frankreich sich durch Niederwerfung Italiens zum Herrn des Mittelmeeres macht, und es darf ebensowenig eine Herrschaft Rußlands in den Dardanellen zulassen. In dem einen wie in dem andern Falle wird die englische Stellung in Indien und damit die englische Großmachtposition, der Wohlstand der Nation und, man darf wohl sagen, ihre politische und wirtschaftliche Existenz in Frage gestellt. Nun hat sich England, soweit es ihm überhaupt möglich ist, an Italien gebunden und eben erst mit vollem Nachdruck versichert, daß es seine Stellung in Ägypten zu behaupten entschlossen sei. Hält es hier wie dort sein Wort, so ist es auch bei einem Kriege Rußlands und Frankreichs gegen den Dreibund ein sicherer und wertvoller Bundesgenosse.

Denn das ist der Schlüssel der gesamten europäischen Lage: die Hungrigen stehen den Satten gegenüber. Die Staaten des Dreibundes haben

sich zusammengethan, um zu behaupten, was sie haben, die andern, das autokratische Rußland und das demokratische Frankreich, haben sich die Hand zum Bunde gereicht — unter Freundschaftsbeteuerungen und mit einem Aufwand von Gefühl, wie sie in den Beziehungen von Volk zu Volk unerhört dastehen —, um zu nehmen, wonach ihr Herz gelüstet: hier Elsaß-Lothringen und die Revanche, dort das Erbe des kranken Mannes und die Führung im Räte der Völker. Als selbstverständliche Folge ihrer in der Einbildung der Massen unzweifelhaft bevorstehenden Siege denken sich beide die Zertrümmerung des deutschen Reiches, die Auflösung der habsburgischen Monarchie in ihre Bestandteile und das Zurücksinken Italiens in eine Stellung, die ihm nicht mehr gestattet zu reden, *quando cantat gallus!*

Daß dieses die Ziele sind, weiß jedermann in den drei Reichen. Wenn nun die andern zwei ihre Rüstungen, die doch nur für den Angriff Sinn haben, bis an die äußerste Grenze des Möglichen steigern, wenn sie verkündigen: Nun sind wir so weit! wenn die Franzosen den Russen ihr *Quand vous voudrez!* zurufen und nur augenblickliche Verlegenheiten die Russen verhindern, den Sprung zu thun, zu dem sie den Anlauf bereits genommen haben — dann sagt sich der gesunde Menschenverstand bei uns, wenn er die Reihe jener Friedensreden an sich vorüberziehen läßt, von denen wir ausgegangen sind: Ich glaube nicht daran!

Gewiß, die Zeiten sind ernst. Wir verhehlen es uns nicht und wissen nicht, was uns die nächste Zukunft bringen wird. Eins aber wissen wir: wenn es gilt, einzutreten für Ehre und Selbständigkeit, dann tritt bei uns alles zurück vor dem einen Grundsatz: *Salus publica suprema lex esto!*



Die Redemptoristen und das Jesuitengesetz



ie die Zeitungen schon vor längerer Zeit meldeten, soll die königlich bairische Regierung im Bundesrate beantragt haben, die Kongregation der Redemptoristen im deutschen Reichsgebiet wieder zuzulassen. Dieser Antrag, über den bisher, wenigstens so viel als in die Öffentlichkeit gedrungen ist, noch nicht im Bundesrate beraten worden ist, hat wohl nur um deswillen auf protestantischer Seite soviel Staub aufgewirbelt, weil er zeitlich ungefähr mit dem von dem verstorbenen Abgeordneten Windthorst im Reichstag eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zusammenfiel. Man glaubte allgemein in dem Vorgehen der bairischen Regierung bezüglich der Redemptoristen einen ersten Schritt zu